

besonders einfühlsamer Berater kam. Der Veba-Chef, so der Beamte in der vorigen Woche, gehe offenbar davon aus, daß nach 1990 eine rot-grüne Koalition ans Ruder komme. Dann sei es mit Wackersdorf ohnehin vorbei. Deshalb solle Bennisgen nur vor, wenn er schon jetzt jenseits der Grenze, im Atomland Frankreich, die nötige Kapazität sicherstelle.

Tatsächlich argumentierte Bennisgen intern mit der Ungewißheit der Zukunft. Niemand könne wissen, ob die Branche 1990 oder gar 1994 noch mit einer Regierung rechnen könne, die das fragwürdige Wiederaufarbeitungsvorhaben in Bayern stütze.

Der selbstbewußte Veba-Chef verfolgt mit seinem kalkulierten Alleingang das unternehmerisch verständliche Ziel, den Betrieb der Leichtwasserreaktoren politisch abzusichern. Er will den Einsatz aber auch betriebswirtschaftlich optimal gestalten.

Beiden Zielen dient der Verzicht auf Wackersdorf. Die Wiederaufarbeitung bekommt er billiger; und ein besonderer Stein des Anstoßes, ein stetiger Anlaß zu Demonstrationen und Krawallen ist aus dem Weg geräumt.

Ganz ohne öffentliche Proteste wird La Hague allerdings auch nicht laufen. Dort gab es in den letzten Jahren immer mal Aktionen gegen die Atomfabrik.

Nun dürften die französischen Widerständler Verstärkung aus Bundes-Deutschland erhalten. Die Fabrik, so heißt es bei den Atomkraftgegnern, sei als unsicher bekannt; eine Rückhaltung der umweltschädlichen Edelgase Krypton oder Neon sei, anders als in Wackersdorf geplant, in La Hague nicht vorgesehen.

Dieser Widerstand muß den Strommanagern nicht unbedingt unangenehm sein. Ihnen wäre es sowieso am liebsten, wenn Bonn das Atomgesetz ändern würde und sie ganz auf die lästige und teure Wiederaufarbeitung verzichten könnten.

Bennisgen wäre dann seiner Lieblingslösung sehr nahe: jahrzehntelange oberirdische Zwischenlagerung der Brennelemente und spätere Entscheidung für die direkte Endlagerung. Schneller Brüter und Hochtemperaturreaktor sind für ihn nur noch Kapitel der atomaren Zeitgeschichte.

Jetzt, erst mal, hat der Chef-Manager, stellvertretend für die Politiker, für mehr Klarheit gesorgt. Wackersdorf kippt, die

hochgespannten atomaren Pläne sind zerstoßen. Bonn wurde zum Handeln gezwungen.

Lange genug hat Bundeskanzler Helmut Kohl einfach nicht zur Kenntnis genommen, wie das Atomimperium zerbröckelt, hat er sich an den von seinen ministeriellen Helfern aufgerichteten Potemkinschen Fassaden erfreut.

An diesem Mittwoch wird er, im Gespräch mit Freund Mitterrand, endgültig in die nukleare Wirklichkeit zurückgestoßen. Wackersdorf ist am Ende, auch wenn auf dem Gipfel in Paris noch einmal „hochrangige Arbeitsgruppen“ gebildet werden.

Dann muß der Kanzler dem bayrischen Ministerpräsidenten Max Streibl wohl wieder mal, wie schon am 25. November 1988, einen Brief schreiben. Damals, vor vier Monaten, hatte Kohl erklärt: „Die Bundesregierung hält die Verwirklichung des Projektes Wackersdorf für dringlich.“ Jetzt muß er darlegen, warum das alles nicht mehr wahr ist.

Aber vielleicht läßt sich das ja besser persönlich erledigen – bei einem von Kohl und Streibl schon seit längerem geplanten gemeinsamen Spaziergang am Bauzaun von Wackersdorf.

„Es lag jenseits unserer Vorstellungskraft“

SPIEGEL-Gespräch mit Veba-Chef Rudolf von Bennisgen-Foerder über das mögliche Ende der WAA Wackersdorf

SPIEGEL: Herr von Bennisgen-Foerder, wollen Sie den Kanzler stürzen?

BENNIGSEN: Natürlich nicht.

SPIEGEL: Bundeskanzler Kohl hat, wie viele andere, über Jahre hinweg die Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf für unverzichtbar erklärt. Jetzt sagen Sie: Wir brauchen Wackersdorf gar nicht. Der ohnehin angeschlagene Kanzler wirkt noch unglaublicher.

BENNIGSEN: Ihre Ansicht zur Glaubwürdigkeit des Kanzlers teile ich absolut nicht. Im übrigen: Wir, die Veba, machen doch keine Politik. Aber als Energiekonzern sind wir nun mal in einem Bereich tätig, der auch eine weitgehende politische Bedeutung hat. Weil wir das wissen, versuchen wir uns abzustimmen und Dinge nicht zur Unzeit in Gang zu bringen.

SPIEGEL: Also kam Ihre Absage an Wackersdorf genau zur rechten Zeit? Für den Kanzler, der mit seiner Kabinettsbildung beschäftigt war, sicher nicht.

BENNIGSEN: Für den Zeitpunkt der Veröffentlichung unserer Wackersdorf-Pläne ist das Bundespresseamt verantwortlich. Wir haben die Vereinbarungen mit Cogema bereits am 3. April unterschrieben und noch am selben Tag die Bundesregierung und alle Ministerpräsidenten mit Kernkraftwerk-Standorten unterrichtet. Dann passierte zehn Tage lang gar nichts.



Bennisgen (M.) beim SPIEGEL-Gespräch*: „Ich bin überrascht über das Aufsehen“

SPIEGEL: Weil sich in Bonn kein Mensch für Energiepolitik verantwortlich fühlt? Oder hatte da jemand ein anderes Kalkül?

BENNIGSEN: Das weiß ich nicht. Ich bin schon überrascht über das Aufsehen, das diese Geschichte ausgelöst hat.

SPIEGEL: Das ist schwer zu glauben. Schließlich lassen Sie ein Milliarden-

Projekt platzen, stellen die bedingungslosen Wackersdorf-Verfechter als wirklichkeitsfremde Ideologen hin und beenden die Visionen von der Plutoniumwirtschaft.

BENNIGSEN: Falsch, alles falsch. Es geht um etwas ganz anderes. Wir haben die Chance, die heißgelaufene Diskussion über die Kernenergie in der Bundesrepublik zu entlasten. Wackersdorf ist zu einem Reizpunkt und zu einem Symbol geworden. Wenn wir die jetzt

* Mit Redakteuren Rudolf Wallraf und Dieter Kampe.

vorhandene Möglichkeit nutzen, die Wiederaufarbeitung woanders durchzuführen, dann können wir die politischen Spannungen verringern und hoffentlich auch den notwendigen energiepolitischen Konsens zwischen Kernenergie und Kohle wiederherstellen.

SPIEGEL: Was passiert, wenn Ihre Botschaft in Bonn nicht verstanden wird? Was wäre, wenn Herr Waigel seine Forderung durchsetzt, daß Wackersdorf gebaut wird?

BENNIGSEN: Dann wird es gebaut.

SPIEGEL: Und Sie lassen dann auch in Wackersdorf wiederaufarbeiten?

BENNIGSEN: So ist es, wenn uns der andere Weg politisch verbaut wird.

SPIEGEL: Mit Ihrem Verzicht auf Wackersdorf stürzen Sie einen großen Teil der Atomindustrie in eine Glaubwürdigkeitskrise.

BENNIGSEN: Das sagen Sie. Aber das stimmt nicht, denn auf die Wiederaufarbeitung wird ja nicht verzichtet. Wir nutzen lediglich die Chancen, die der europäische Binnenmarkt bietet. Und wir nutzen die betriebswirtschaftlichen Vorteile, die das französische Angebot beinhaltet.

SPIEGEL: Was sparen Sie durch den Verzicht auf Wackersdorf?

BENNIGSEN: Bei dem Cogema/Veba-Projekt würden die Gesellschafter der DWK*, also alle Kernkraftwerke betreibenden Unternehmen, zunächst einmal Investitionskosten von sechs bis sieben Milliarden Mark sparen sowie Wiederaufarbeitungskosten von gut einer Milliarde Mark pro Jahr. Das würde sich natürlich spürbar auf die Strompreise in der Bundesrepublik auswirken.

SPIEGEL: Die Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf würde also mindestens zehn Milliarden Mark kosten?

BENNIGSEN: Das ist etwa die Größenordnung, mit der man zur Zeit rechnet.

SPIEGEL: Warum haben Sie nicht viel früher eine Zusammenarbeit mit den Franzosen angestrebt?

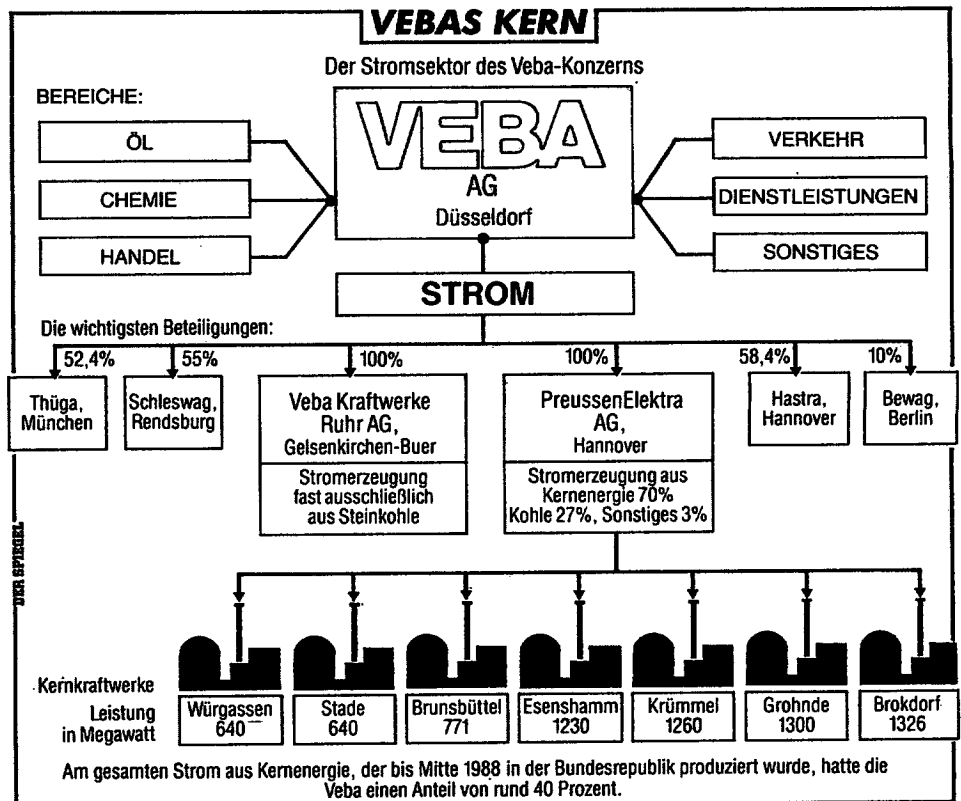
BENNIGSEN: Es lag jenseits unserer Vorstellungskraft, daß die Franzosen bereit sein könnten, einen deutschen Partner auch als Miteigentümer zu begrüßen. Wir waren überrascht, daß die Cogema uns angesprochen hat. Aber wir freuen uns natürlich.

SPIEGEL: Dank der atombegeisterten Nachbarn können die Deutschen also ein hochexplosives Problem exportieren. Aber es gibt keinen Verzicht auf Wiederaufarbeitung?

BENNIGSEN: Kann es gar nicht geben. Das Atomgesetz schreibt sie vor.

SPIEGEL: Ist Ihre Entscheidung nicht der Anfang vom Ende der Atomwirtschaft?

* DWK = Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen.



BENNIGSEN: Im Gegenteil. Wir wollen außer der Sicherung wirtschaftlicher Vorteile die Stromproduktion mit Leichtwasser-Reaktoren konsensfähig machen, indem wir den Reizpunkt Wackersdorf zurücknehmen.

SPIEGEL: Es ist dies zumindest das Ende der Plutoniumwirtschaft.

BENNIGSEN: Ich habe den Begriff nie geschätzt. Eine Wiederaufarbeitungsanlage dient der Vernichtung von Plutonium und nicht dem Aufbau einer Plutoniumwirtschaft.

SPIEGEL: Man kann beides damit machen. Aber der Teil, der zusammen mit Brutreaktoren zur Plutoniumproduktion taugt, gehört nun wohl zu den begrabenen Träumen der Atombranche. Wird die Bundesregierung denn Ihren Plänen die notwendige Zustimmung erteilen?

BENNIGSEN: Das ist eine ganz schwierige Frage. Ich kann nur wiederholen: Meine Kollegen und ich sehen in dieser Vereinbarung mit Cogema eine einmalige Chance, den energiepoliti-



Zwischenlager Gorleben: „Wir haben Jahrzehnte Zeit“

schen Konsens in der Bundesrepublik wiederherzustellen – vielleicht die letzte Chance.

SPIEGEL: Sind die politischen oder die wirtschaftlichen Motive ausschlaggebend?

BENNIGSEN: Das kann man nicht trennen. Wenn man politisch die Kohle retten oder erhalten will, dann braucht man wirtschaftlich die billige Kernenergie. Erst die Mischkalkulation macht die teure Kohle erträglich. Und je billiger der Strom aus Kernenergie wird, zum Beispiel durch Wiederaufarbeitung in Frankreich, desto leichter ist es, den hohen Kohlepreis zu verkraften.

SPIEGEL: Ist eigentlich der Veba-Vorstandschef der Mann, der solche weitreichenden Entscheidungen fällen muß? Gibt es sonst niemanden in dieser Republik, der Energiepolitik planvoll betreibt?

BENNIGSEN: Die Freiheit von staatlichem Dirigismus ist doch nichts Schlechtes.

SPIEGEL: Alle Initiativen der letzten Zeit kamen aus der Energiewirtschaft selbst: Die Veba unterstützt einen Energiesparversuch in Schleswig-Holstein, die Veba läßt Wackersdorf platzen, die Energieversorger aus Schwaben stoppen ihre Brüder-Finanzierung und sorgen für Bewegung bei dem festgefahrenen Kalterer Monstrum.

BENNIGSEN: Das zeigt doch, wie gut die Marktwirtschaft funktioniert.

SPIEGEL: Kein staatlicher Handlungsbedarf? Müßte der Staat nicht mehr Geld für alternative Energien ausgeben?

BENNIGSEN: Eine einseitige Subventionierung geht bestimmt schief. Die Förderung der Windenergie beispielsweise kann die Kernprobleme der Energieversorgung nicht lösen.

SPIEGEL: Warum nicht?

BENNIGSEN: Weil sich Kosten und Mengen nicht rechnen.

SPIEGEL: Und Solartechnik? Mit einer Initialzündung, wie sie die Kernenergie bekam, könnte man Solarzellen marktreif machen.

BENNIGSEN: Hier in Deutschland? Wir werden sehen, ob man je ein Kraftwerk damit sparen kann. Es gibt ja auch eine Reihe von Energieunternehmen, die in dieser Richtung aktiv sind.

SPIEGEL: Der Fernwärme-Ausbau ist praktisch beendet worden.

BENNIGSEN: Das ist doch kein Wunder. Seit wir das Gas aus der So-

wjet-Union und aus der Nordsee haben, hat die Fernwärme keine Chance mehr. Gegen Gas kann eine mit deutscher Steinkohle hergestellte Fernwärme nicht konkurrieren. Kraft-Wärme-Koppelung machen wir doch, in den Ballungsgebieten, wo immer es geht. Aber in den Flächenländern klappt das natürlich nicht.

SPIEGEL: Und was ist mit dem Energiesparen? Alle entsprechenden staatlichen Förderprogramme sind zurückgestutzt oder eingestellt worden.

BENNIGSEN: Wir müssen noch einmal über die Vor- und Nachteile der

SPIEGEL: Die Auslagerung der Wiederaufarbeitung löst vielleicht einige politische Probleme. Aber ist damit das bundesdeutsche Entsorgungsproblem gelöst? Der Atommüll kommt doch eines Tages zurück.

BENNIGSEN: Unser Entsorgungsproblem müssen wir selbst lösen. Können wir auch.

SPIEGEL: Aber dank der Franzosen gibt es nun keinen Zeitdruck mehr. Wird Frankreich zum autonomen Produktions- und Entsorgungszentrum Europas?

BENNIGSEN: Andere Länder halten die Kernenergie für weniger problematisch, als wir es hierzulande tun. Die schätzen uns Deutsche in dieser Hinsicht als nicht ganz normal ein. Deshalb gehen diese Länder den Weg der Kernenergie-Nutzung konsequent weiter.

SPIEGEL: Es wurden bislang schon in Frankreich abgebrannte Uranstäbe aus Deutschland aufgearbeitet. Die Verträge sehen vor, daß von 1993 an große Atommüllmengen aus diesen Aufträgen nach Deutschland kommen. Wohin damit?

BENNIGSEN: Es sind keine großen Mengen, eben weil sie aus der Wiederaufarbeitung kommen – und die werden zunächst zwischengelagert. Und wenn dann das Endlagerkonzept umgesetzt ist, also Gorleben oder Vergleichbares, dann kommen sie in die Endlager.

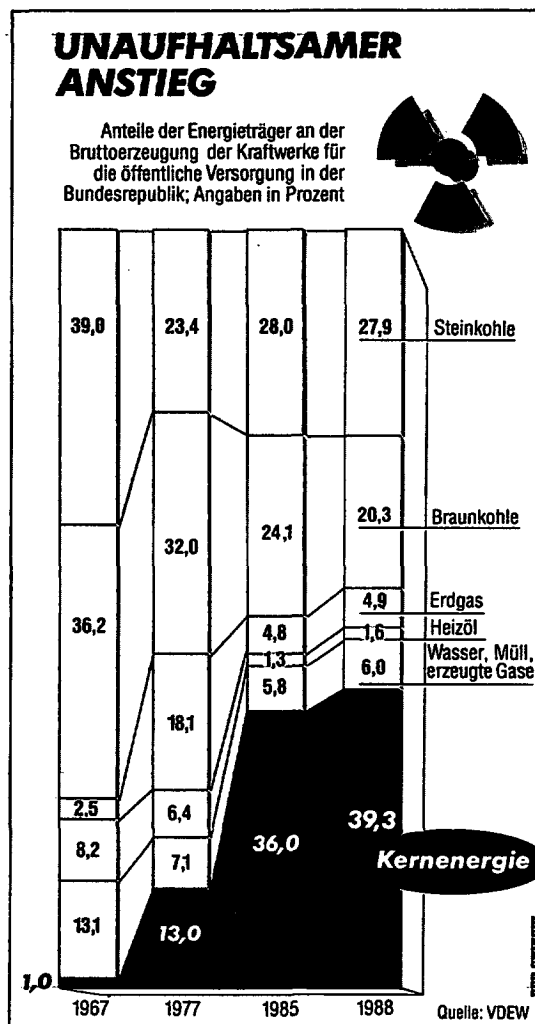
SPIEGEL: Noch gibt es Zweifel, ob Gorleben geeignet ist.

BENNIGSEN: Wir haben Jahrzehnte Zeit, dieses Problem zu lösen, und wir gehen davon aus, daß es lösbar ist. Da brauchen wir uns keine Sorgen zu machen.

SPIEGEL: Wir machen uns schon Sorgen. Nach wie vor, so meinen wir, setzt die bundesdeutsche Energiepolitik zu einseitig auf Kernenergie und vernachlässigt Alternativen. Es ist dies, wie Tschernobyl gezeigt hat, ein gefährliches Spiel mit dem Feuer.

BENNIGSEN: Ich habe immer gesagt, daß man einen Reaktorunfall, einen GAU, nicht mit absoluter Sicherheit ausschließen kann. Aber ich gehe davon aus, daß er in deutschen Kernkraftwerken beherrschbar ist. Deshalb habe ich auch meinen Frieden mit der Kernenergie schließen können. Und unsere Energiepolitik ist nicht zu einseitig auf Kernenergie orientiert. Wenn wir, aus welchen Gründen auch immer, eines Tages aus der Kernenergie aussteigen müssen, dann könnte die Stromwirtschaft dieses Problem sicherlich bewältigen. Die entscheidende Frage ist aber doch: Was wären die Konsequenzen für die Volkswirtschaft, für die Kunden, für die Industrie und vor allem für die Umwelt? Und es ist auch die Frage, ob die Politik mit den Folgen fertig wird.

SPIEGEL: Die Gegenfrage lautet: Wie wird die Menschheit mit dem Pro-



Marktwirtschaft reden. Es ist in einer Marktwirtschaft fast unmöglich, Krisen oder kritische Szenarien vorausseilend zu bewältigen. Die Gesellschaft ist nicht bereit, das zu tragen. Das ist ein großes Problem. Einen Beitrag zur Lösung von Problemen können Sie nur von wirklich leistungsstarken und großen Unternehmen erwarten. Und natürlich auch vom Staat und seiner Industriepolitik.

SPIEGEL: Da sehen wir Defizite.

BENNIGSEN: Unsere Forschungspolitik und unsere Industriepolitik können sich – vergleichsweise – schon sehen lassen. Wir dürfen auch nicht vergessen, daß wir ein kleines Land sind.

blem fertig, über Jahrtausende hinweg hochradioaktiv strahlende Abfälle sicher lagern zu müssen? Wenn das nämlich nicht gelingt, ist es aus mit der Menschheit.

BENNIGSEN: Auch wenn es sich zynisch anhört: Wir stehen vor einer Güterabwägung. Entweder wir heizen mit konventionellen Energietechniken die Atmosphäre weiter auf, dann bewirkt der unbeherrschbare Treibhauseffekt das Ende der Menschheit. Oder wir leben mit dem Risiko eines GAU, den wir für beherrschbar halten.

SPIEGEL: Unserer Ansicht nach kann die Kernenergie nicht die Alternative zu den fossilen Brennstoffen sein. Das würde weltweit den Betrieb von Tausenden von Atomkraftwerken bedeuten, von denen einige mit Sicherheit in die Luft gehen würden.

BENNIGSEN: Es gibt auch da einen Generationenvertrag. Und ich halte es für unverantwortlich, daß eine Generation in einem Jahr die in Jahrunderttausenden angesammelten fossilen Brennstoffe in die Luft jagt, ohne für eine Regeneration sorgen zu können. Das ist eine derartige Verletzung des Generationenvertrages, daß man eigentlich nur staunen kann, mit welcher Bedenkenlosigkeit wir zu Lasten der Zukunft Mißbrauch mit Energie betreiben.

SPIEGEL: Es gibt Alternativen zu fossilen Brennstoffen und zur Kernenergie. Aber die müßten natürlich auch erwünscht sein und gefördert werden.

BENNIGSEN: Ich habe ja selbst schon vor Tschernobyl davon gesprochen, daß Kernenergie nur eine Übergangsenergie ist. Das ist mir von vielen übelgenommen worden. Ich habe die Übergangszeit damals auf etwa 50 Jahre geschätzt. Davon sind noch nicht einmal zehn Jahre rum. Und es ist ein langer Weg und ein schwieriger Weg, der Energieversorgung eine neue Basis zu geben. Natürlich ist die Industriepolitik aufgerufen, alternative Energien zu stützen und zu fördern.

SPIEGEL: Herr von Bennigsen-Foerder, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

SPD

Schlicht irre

Die SPD steht gut da wie lange nicht. Bush und Gorbatschow hofierten den SPD-Chef wie einen Regierenden.

Über Egon Bahrs Pokergesicht huschte ein Lächeln: „Wenn wir jetzt schon Dezember 1990 schreiben – ach, wäre das schön.“

Helmut Kohl am Boden, die Sozialdemokraten daheim bei den Wählern klar in Front und draußen im Ausland – Hans-Jochen Vogels Reisen nach



Gastgeber Gorbatschow, Gast Vogel: „Daran bin ich selber schuld“

Washington und Moskau bewiesen es – gefragt wie lange nicht.

„Besser könnte es kaum sein“, schwärmte Bahr, der mit Willy Brandt vor fast 20 Jahren jene Vertragspolitik mit dem Kreml einleitete, die heute in Ost und West als Grundlage für weltweite Entspannungs- und Abrüstungsbemühungen anerkannt wird. Doch bis zur Bundestagswahl kann, das weiß auch Bahr, viel passieren.

Es ist noch nicht lange her, da wurden Reisen führender Sozialdemokraten in die Metropolen der Supermächte kaum beachtet und von den Konservativen in Bonn mit Vokabeln wie Nebenaußenpolitik und Neutralismus geschnitten.

Die Zeiten haben sich geändert. Nach einem 18 000-Flugkilometertrip Bonn–Washington–New York–Bonn–Moskau–Bonn konnte SPD-Chef Vogel am Dienstag vergangener Woche zufrieden Bilanz ziehen: „Wir Sozialdemokraten stoßen international auf wachsendes Interesse. Die anderen haben gelernt, daß unsere Lage in der Bundesrepublik günstiger erscheint als noch vor ein oder zwei Jahren.“

Die Terminplanung – Glück gehört zum Geschäft – hätte „nicht besser“ (Vogel) sein können. Präsident George Bush, seit Januar im Amt, formuliert

erst seine Politik. Noch ist unklar, ob und wie die westliche Allianz ohne Gesichtverlust dem sowjetischen Abrüstungszauberer Gorbatschow Paroli bieten und mit einem eigenen Konzept in den Wettbewerb um eine friedlichere Welt eingreifen kann.

Der bisherige Musterschüler in Bonn gibt sechs Wochen vor dem nächsten Nato-Gipfel der Washingtoner Administration Rätsel auf. Der Kanzler, der Außen- und der bisherige Verteidigungsminister gaben unterschiedliche Antworten auf die Frage, ob Bonn nach dem Abbau der Mittelstreckenwaffen die Aufrüstungspläne der Nato, „Modernisierung“ genannt, unterstützen und die atomaren Kurzstreckenwaffen vom Typ „Lance“ (Reichweite: 120 Kilometer) durch völlig neue Geschosse mit einem Radius von fast 500 Kilometern ersetzen will.

Generalsekretär Gorbatschow war gespannt, was der SPD-Vorsitzende ihm über die Eindrücke in Washington zu berichten hatte. Denn in Sachen Abrüstung ziehen Sozialdemokraten und Kreml am selben Strang: Parallel zu den Wiener Verhandlungen über den Abbau der konventionellen Streitkräfte sollen Verhandlungen über atomare Kurzstreckenraketen stattfinden, um nach der Verschiebung der Mittelstreckenwaffen mit Reichweiten von 500 bis 1000 Kilometer